

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد      بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم      از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 18.08.2017, Seite 9 / Kapital & Arbeit

Von Wolfgang Pomrehn  
21.08.2017

## Noch keine Atombombe

*Chinas Regierung reagiert im Handelsstreit mit den USA gelassen. Auch weil die beiden Länder stark voneinander abhängig sind*



*Austrierte Geldpolitik: Stößt Beijing US-Anleihen ab, kann es weniger Waren in den USA absetzen*

Foto: Jason Lee/REUTERS

Während US-Präsident Donald Trump China mit Strafzöllen droht, zeigen die Zahlen seines Finanzministers wachsende Abhängigkeiten zwischen den beiden Ländern. Seit dem Juni ist demnach die Volksrepublik wieder der größte Gläubiger der USA. Offenbar haben die chinesischen Behörden den günstigen Wechselkurs genutzt, um sich mit

sogenannten Treasuries einzudecken, wie US-Staatsanleihen genannt werden. Das mutmaßen zumindest Beobachter, die die Nachrichtenagentur *Reuters* zitiert. Demnach hält die Volksrepublik 1,147 Billionen US-Dollar und die autonome Region Hongkong, die Bestandteil Chinas ist, aber über eine unabhängige Währung und Wirtschaftspolitik verfügt, weitere 203 Milliarden US-Dollar.

China hat den weltweit mit Abstand größten Devisenschatz. Seit Beginn des letzten Jahrzehnts war dieser drastisch angestiegen und erreichte im ersten Halbjahr 2014 seinen bisherigen Höchststand von umgerechnet vier Billionen US-Dollar (3,4 Billionen Euro nach derzeitigem Kurs). Danach ging er bis zum Jahresende 2016 auf drei Billionen US-Dollar zurück und ist seitdem wieder leicht angestiegen. Letzteres ist vermutlich die Folge strikterer Kontrollen, die den Abfluss von Kapital aus dem Land in den vergangenen Monaten verringert hat. Anders als zum Beispiel Japan, das seine Devisenreserven von umgerechnet etwa 1,2 Billionen US-Dollar zu gut 90 Prozent in US-Treasuries angelegt hat, hat die Volksrepublik ihren Schatz diversifiziert und hält auch viele Euros, Schweizer Franken, japanische Yen und andere Währungen wichtiger Handelspartner. Deren Anteil an den chinesischen Reserven hat in den vergangenen Jahren eher zugenommen, während US-Papiere eher abgestoßen wurden.

Dennoch hält die Volksrepublik mehr als ein Sechstel aller US-Staatsanleihen. Das macht Washington generell verwundbar, aber Beijing ebenso. Würde China nämlich einen größeren Teil der Treasuries auf den Markt werfen, könnte dadurch der Dollar abstürzen und die importabhängige USA schwer schädigen. Andererseits würden dadurch aber nicht nur chinesische Exporte in die USA so gut wie unmöglich, da sich dort keiner mehr die Waren von der anderen Seite des Pazifiks leisten könnte. Ein solcher Schritt würde zugleich den chinesischen Yuan aufwerten und damit auch die Ausfuhren in andere Länder erschweren. Beijing, dem ohnehin sehr an der Stabilität der Weltwirtschaft und der politischen Beziehungen zu den USA gelegen ist, würde daher eine solche Maßnahme nur im äußersten Notfall ergreifen, sozusagen als Atombombenersatz, wie es vor Jahren mal ein politischer Kommentator beschrieb.

Die Währungskeule wird also mit Sicherheit nicht geschwungen werden, sollte der Handelsstreit mit den USA eskalieren. US-Präsident Trump hatte am Montag ein formelles Verfahren nach Artikel 301 des US-Handelsgesetzes eingeleitet. Damit wird sein Handelsminister Robert Lighthizer beauftragt, den Warenaustausch mit der Volksrepublik auf »unfaire« Praktiken zu untersuchen. Konkret schmeckt der US-Regierung nicht, dass ausländische Unternehmen in China meist nur tätig werden können,

wenn sie sogenannte Joint Ventures gründen. Dabei handelt es sich um Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Eigentümern. In der Vergangenheit sind aus den chinesischen Zweigen oft Konzerne entstanden, die später den US-amerikanischen oder auch deutschen Partnern Konkurrenz machten. Viele chinesische Automobilhersteller sind so aufgebaut worden, allerdings nicht der Produzent von Elektroautos BYD. Auch die großen Hersteller von Solar- und Windkraftanlagen oder der langjährigen Weltmarktführer bei den PCs, Lenovo, haben sich aus eigener Kraft an die Weltspitze geschoben.

Vorerst ist das von Trump eingeleitete Verfahren vermutlich eher als Beruhigungspille für seine Anhängerschaft gedacht. Ob am Ende tatsächlich Strafzölle in Höhe von 35 bis 45 Prozent auf chinesische Waren herauskommen, ist offen. In der US-Regierung und den Beratergremien des Präsidenten gibt es offensichtlich einen verbissenen Kampf zwischen Befürwortern einer eher auf Kooperation setzenden Linie und Leuten um Trumps rechtsradikalen Berater Stephen Bannon. Letzterem, der Trump offensichtlich zur Eröffnung des 301er-Verfahrens gedrängt hatte, geht es darum zu verhindern, dass die USA von der Volksrepublik vom Thron des globalen Hegemon gestoßen wird, wie er dieser Tage gegenüber dem Magazin *The American Prospect* erläuterte.

Unterdessen berichtet die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* von einem Rückgang des dortigen Wirtschaftswachstums. Im ersten Halbjahr hatte die Wirtschaftsleistung der Volksrepublik noch um 6,9 Prozent zugelegt, was etwas über dem offiziellen Ziel von 6,5 Prozent lag. Im Juli, berichtet die in Hongkong erscheinende *South China Morning Post*, sei die Industrieproduktion nur um 6,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Im Juni hatte die Kennziffer noch bei 7,6 Prozent gelegen. Abgenommen habe auch Wachstum des Bergbaus und der Anlageninvestitionen. Die Bauwirtschaft boome allerdings weiter.